

Sozialwirtschaft ist ...

Diskussion mit Nikolaus Dimmel, Andreas Riesenfelder und Ruth Simsa, moderiert von Veronika Litschel und Petra Wetzel

Dieser einleitende Beitrag zum Schwerpunktheft ›Sozialwirtschaft in Österreich‹ stellt die Zusammenfassung einer Diskussionsrunde mit Nikolaus Dimmel, Andreas Riesenfelder und Ruth Simsa dar. Alle drei DiskutantInnen beschäftigen sich in ihren Arbeiten intensiv mit Aspekten der Sozialwirtschaft beziehungsweise der häufig synonym verwendeten Begriffe und Konzepte des Dritten Sektors und des Non-profit Sektors (NPO). Ziel der Diskussion war es mehr Klarheit darüber zu gewinnen, was mit dem Begriff Sozialwirtschaft gemeint ist, was der Begriff inkludiert bzw. exkludiert, welche zentralen Merkmale und Charakteristika für die Sozialwirtschaft Geltung haben und insbesondere auch der Frage nachzugehen, wie sich die Sozialwirtschaft zu den beiden anderen Begriffen, Dritter Sektor und Non-profit Sektor, abgrenzt.

Moderation: Wie definiert sich Sozialwirtschaft?

Andreas Riesenfelder: Es ist interessant, dass ihr fragt: »Wie definiert sie sich?« und nicht: »Wie definieren wir sie?«. Interessant weil, das war und ist eigentlich unsere Erfahrung, dass wir mit Organisationen, Unternehmen sprechen und sagen müssen »Wir haben hier eine Definition, können wir die durchgehen?«. Und dann sagen die »Aha – bin ich« oder »– bin ich nicht.« Das heißt, eigentlich ist die Frage, wie definiert sie sich selbst eine Frage, die ich für mich nicht lösen konnte. Ich konnte nur die Frage lösen, wie wir die Sozialwirtschaft definieren sollen, und wie grenzen wir sie ab von anderen Definitionen. Dahinter steht, dass das einfach ein sehr, sehr heterogenes Feld ist. Das ist auch die Gefahr bei einer akademischen Fremddefinition, dass das, was wir hier machen, eine Geschichte ist, die wieder sehr weit weg ist von der eigentlichen Zielgruppe.

Nikolaus Dimmel: Wenn wir die Frage stellen, wie definieren die sich selber, stellt sich für mich zuerst die Frage, wie kommen die zu ihrer Eigendefinition? Und da, denk ich, darf man nicht übersehen, dass die meisten dieser sozialwirtschaftlichen Organisationen sowohl ihr Tätigkeitsfeld als auch ihre Rechtsform sowie die Art und Weise ihrer Budgetierung fremddefiniert erhalten haben. Wenn man sich die übliche Logik der Entwicklung von einer Pionierorganisation hin zu einer wie auch immer professionalisierten Organisation anschaut, sieht man ja, das sind oft ein paar SozialarbeiterInnen, die mit Betroffenen Ideen ausprobieren, dann zum Land gehen, und das Land sagt »Na ja, wir zahlen euch ein Viertel, aber die Gemeinde muss, und das Arbeitsmarktservice muss auch, und vielleicht – so wie es in den achtziger Jahren war – kriegt ihr auch vom Sozialministerium eine einmalige Subvention als Take-off-Finanzierung«. Und in dieser Gemengelage, gewissermaßen im Hausierengehen zwischen mehreren öffentlichen Akteuren, die jeder für sich finanzieren, entsteht dann üblicherweise so etwas wie ein Kompromiss, der besagt wie ein Tagsatz ausschaut, wie eine Budgetierungsstruktur, wie eine Leistung beschrieben ist. Wenn wir heute rückblicken in die Mitte der neunziger Jahre und fragen: »Wann taucht dieser

Begriff der »Produkte« für Soziale Dienstleistungen auf«, dann ist zu erkennen, dass seitens der Länder eine Art Modernisierungsputsch gefahren wurde, nämlich die Übertragung von New Public Management-Methoden auf die sozialen Dienste. Das überträgt sich letztlich in das Bild der Freien Träger, und die fangen folglich verstärkt an, davon zu reden, dass sie irgendwelche sozialen »Produkte« herstellen. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung war dies nicht der Fall. Von dieser Beobachtung her stell ich die Frage: wer oder was ist hinter der Selbstdefinition dieser Freien Träger wirksam? Eben auch in dem Sinne, dass die Selbstbeschreibung über die Financiers erfolgt. Das ist einmal die erste Beobachtung. Und die zweite Beobachtung, die mir ganz wichtig wäre ist: Ich glaub, dass wir viel zu viel Kredit ausgeben, wenn wir glauben, dass die Freien Träger sich tatsächlich systematisch im Kontext einordnen, wissen, was sie tun. Meine Beobachtung ist, dass wenige von den GeschäftsführerInnen, die in einer Klitsche, wie man so schön sagt, arbeiten, wissen, in welchem System sie sich bewegen. Zum Beispiel: Es gibt GeschäftsführerInnen von Wohlfahrtseinrichtungen, die wissen nicht einmal, warum und wie sie finanziert werden. Von daher stell ich die Frage: Macht die gewählte Fragestellung Sinn?

Moderation: Wie lässt sich Sozialwirtschaft somit quasi fremdbestimmt definieren, d.h. was versteht ihr darunter?

Andreas Riesenfelder: Sozialwirtschaft lässt sich als Mittlerin zwischen Staat und Markt definieren – das Merkmal der Intermediarität. In dieser Zwischenrolle, hat man das Gefühl, würden sich sozialwirtschaftliche Organisationen selbst noch am ehesten finden, dass sie nämlich eigentlich zwischen den Systemen Staat, Markt und informeller Sektor stehen, dass sie mehrere Ziellogiken haben, die sich zum Teil auch widersprechen. Dies kann ihnen einerseits Probleme machen, indem sie zum Teil immer wieder schwanken, von der Macht zum Geld, zum Sozialen. Die aber auch, glaub ich, einen ganz wichtigen Beitrag leisten zur Sinnhaftigkeit ihrer Arbeit, wo viele dann sagen, da will ich gar nichts anderes machen, ich will nicht profitmaximierend sein. Das ist für mich am ehesten der Zugang, wie Sozialwirtschaft erklärt werden kann. Allerdings ist es ein defizitärer Ansatz. Und das tut ein bisschen weh. Wir haben in unserer Arbeit, unter anderem im Rahmen einer EQUAL-Entwicklungspartnerschaft mit dem Projekttitel »Der Dritte Sektor in Wien«, lang probiert, etwas zu finden, was nicht *nicht* ist, also was nicht non-profit ist und was nicht der Dritte Sektor nach dem Zweiten und Ersten ist. Intermediär ist letzten Endes so eine Zwischenlösung. Ich muss sagen, da erscheint mir der Begriff Sozialwirtschaft eigentlich sehr gut. Weil es das erste Mal nicht etwas ist was von den Begriffen her reduziert, sondern etwas was eigentlich eine aufbauende Geschichte ist.

Nikolaus Dimmel: Ich teil deine Meinung, dass es wichtig ist Sozialwirtschaft positiv und nicht durch negative Abgrenzungen herzuleiten. Meine Vorstellung ist, dass wir griffig werden können, wenn wir soziale Dienstleistungen von dem her, was dort getan wird, beschreiben. Dass dies der Ausgangspunkt ist und nicht die Selbstbeschreibung oder eine politische Konfiguration und auch nicht irgendeine volkswirtschaftliche Konstruktion, sondern das reale Tun, die Dienstleistungserbringung, die im Wesentlichen durch eine soziale Interaktion zwischen einem/r Professionisten/in und einer/m wie-auch-immer – In-Gebrauch-NehmerIn, KlientIn, KundIn, NutzerIn – beschrieben ist, da gibt's mehrere Dimensionen, die in diesem Interaktionsprozess zusammenlaufen. Das heißt, Sozialwirtschaft ist für mich

gleich Soziale-Dienstleistungs-Erbringung. Soziale Dienstleistung ist ein Kooperationsverhältnis zwischen einem/r professionellen DienstleistungserbringerIn, der/die formal qualifiziert ist, und einer Person, die im Regelfall ein rechtsförmig darstellbares, das heißt also unter eine Leistungsnorm subsumierbares Problem hat. Da gibt es einen Bedarf, der ist definiert durch Schulden, Drogenabhängigkeit, Obdachlosigkeit etc. – also den ganzen Zielkatalog, den wir vom Wohlfahrtsstaat kennen. In diesem Kooperationsverhältnis ist von Seiten der KlientInnen sowohl funktional als auch gesetzlich *compliance*, also Mitwirkung, gefordert. Das ist, wenn man so möchte, ein ambivalentes dialektisches Verhältnis von Hilfe und Disziplinierung. Diese Dialektik ist konstitutiv für sämtliche wohlfahrtsstaatliche Systeme. Von diesem Punkt ausgehend, kann ich zum Beispiel auch schärfer werden gegenüber der Frage: »Was ist intermediär?«. Intermediär sind im Wesentlichen all jene Institutionen oder Organisationen, die sich zwischen Markt und Staat bewegen. Allerdings sind das ebenso Krankenhäuser wie die Arbeiterkammern. Und da stellt sich natürlich die Frage, was bringt uns jetzt diese Beschreibung des Begriffes »intermediär? So bleibt das eine sehr deskriptive Herangehensweise. Der Begriff der Intermediarität wird hier nur negativ sichtbar. Aber es wird dabei nicht sichtbar, was er positiv gesehen meint. Ich meine deshalb, dass der Begriff Sozialwirtschaft eigentlich der brauchbarste ist, wenn wir versuchen wollen zu beschreiben, was im Bereich der Wohlfahrtsstaatsentwicklung passiert. Wenn wir den Begriff der sozialen Dienstleistung technisch und systematisch weiter aufmachen, sehen wir im Wesentlichen drei verschiedene Formen, nämlich: mobil – ambulant – stationär. Und in diesen drei Formen, da bringt man schon sehr viel unter: Beratungs-, Betreuungseinrichtungen, Streetworker- oder Erziehungseinrichtungen bis hin zu Pflegeheimen, Altenheimen, Jugend-WGs, Sozialökonomischen Beschäftigungsprojekten etc.

Ruth Simsa: Sozialwirtschaft ist für mich ein eher neuerer Begriff, jetzt auch durch die Europäische Union geprägt. Ich hätte Sozialwirtschaft aufgehängt an Sozialen Diensten, auch wie es jetzt gesagt wurde. Ergänzend möchte ich dazu noch anmerken, dass man neben diesem kooperativen, prozesshaften der Leistungserstellung das Dreieck von AuftraggeberIn/BezahlerIn, LeistungserbringerIn und KlientIn sehen muss, das in vielen Fällen auch noch eine wichtige Rolle spielt. Also, jemand bezahlt, damit ein alter Mensch daheim besucht wird, und das ist meist nicht dieser alte Mensch selbst. Er kann zwar wählen zwischen Organisationen, aber er hat nur bedingte KonsumentInnenmacht, d.h. oft weniger Information und Entscheidungsspielraum und in der Regel auch nicht die direkte Macht über das Geld.

Moderation: Der am häufigsten verwendete Begriff in der einschlägigen wissenschaftlichen Debatte wie auch im Alltagssprachegebrauch ist jener des Non-profit-Sektors. Wie stehen NPO-Sektor und Sozialwirtschaft zueinander bzw. wie grenzen sich diese beiden Begriffe und damit verbundenen Konzepte ab?

Ruth Simsa: NPO, Sozialwirtschaft, Dritter Sektor, NGO und dieser ganze Wust an Begriffen: Manchmal ist es schon etwas nervig – wann immer man mit dem Thema zu tun hat, ist zuerst die Begriffsfrage da und die ist sehr ausgefranst. Es hängt wirklich davon ab, wer den Begriff verwendet. Wir vom NPO-Institut nehmen immer die NPO-Definition, die im Rahmen des Johns-Hopkins-Projekts definiert worden ist. Das ist die allgemeinste und ein weiterer Vorteil ist, dass sie offen ist

und mit Minimal Kriterien operiert. Das ist aber zugleich auch ihr Nachteil. Es fällt dadurch so viel in den NPO-Sektor, dass man sich fragen kann, »Wie kann ich jetzt ein Straßentheater mit einem Riesen-Altersheim vergleichen, das ist ja was völlig Unterschiedliches«, Entsprechend der Johns-Hopkins-Definition – was nicht Markt und nicht Staat ist – ist dann der Dritte Sektor bzw. der NPO-Sektor. Wobei, etwas philosophischer betrachtet kann man sich dann ja weiter kritisieren, dass der Dritte Sektor vom Ersten, dem Markt, und vom Zweiten, dem Staat, ja nicht unabhängig ist. Die Definition »jenseits von Markt und Staat« stimmt also bei genauer Betrachtung auch nicht wirklich. Aber von der Rechtsform und von den primären Logiken her kann man das schon so sehen. Wenn man sich ansieht, wer die NPOs finanziert, dann verschwimmen die Grenzen wieder. Das meiste sind Markteinnahmen und öffentliche Gelder. Aber wenn ich schon abgrenzen will, dann würde ich sagen, NPO-Sektor ist der Dritte Sektor.

Nikolaus Dimmel: Also, ich halte den NPO-Begriff für den Kontext wohlfahrtsstaatlicher Leistungserbringungen für unbrauchbar. Ein zentraler Grund ist für mich, dass wir damit Dinge vermischen, zum Beispiel Tierschutzvereine und Salzburger Festspiele gemeinsam mit einem Sterbehospiz. Und die Frage stellt sich: »Was gewinnen wir rein heuristisch in dieser Perspektive daraus, dass wir die Festspiele mit irgendeiner »Ruachlerpartie«, etwa einer Wohngemeinschaft, gemeinsam in einen Topf werfen?« – Antwort: gar nichts. Daher kann man das auch lassen. Zweiter Punkt: Indem wir das tun, indem wir also alle über diesen NPO-Begriff spannen, begeben wir uns auch in ein ideologisches Fahrwasser. Dieses ideologische Fahrwasser, das wird allein schon durch den denunziatorischen Gehalt des Begriffes »non-profit« abgeleitet. Im Bereich der Sozialwirtschaft oder der Social-profit-Organisationen, die ich terminologisch bevorzuge, gibt es ja einen Nutzen, der weit über den direkten Verkauf einer wie auch immer als Produkt beschriebenen Dienstleistung oder das Erbringen einer Dienstleistung hinausgeht. Das heißt, der Begriff »non-profit« bringt den entscheidenden Punkt der wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungserbringung zum Verschwinden. Daher, glaube ich, ist er ein ideologischer Begriff. Und ich halte fest, dass es im Kontext der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in den neunziger Jahren, im Kontext der *Retreat-of-the-State*-Debatte, der *retrenchment policies*, eben des Zurückschneidens wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungen, eine ganz zentrale Argumentationsfigur war, zu sagen, »Ihr könnt ja gar nicht zeigen, welchen Output und Outcome ihr bringt, ihr seid ja eigentlich gesellschaftlich nutzlos«. Und diese Nutzlosigkeit halt gewissermaßen im Begriff non-profit wider. Von daher denk ich, dass auch gegenüber der neoliberalen Staatlichkeitsentwicklung und auch gegenüber dem New-Public-Management-Bereich der Begriff non-profit eigentlich zurückgewiesen oder abgelehnt werden muss.

Ruth Simsa: Ideologischer Kampfbegriff, das würde ich differenzieren – klar ist, dass unter dem Deckmantel Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft der Sektor total funktionalisiert wurde. Ich würde deswegen aber nicht dafür plädieren, den Sektor nicht mehr als solchen anzusehen. Erst, wenn ich den Sektor als solchen fasse, kann ich Funktionalisierungen erkennen. Erst wenn ich dieses Konglomerat von Festspielen bis zur Aidshilfe als Sektor betrachte, kann ich mit Hilfe von aggregierten Daten zeigen, wie viel da geleistet wird. Also, ich will das eher als Kampfbegriff belassen, aber es nicht der neoliberalen Seite überlassen. Ich würde das eher positiv nutzen. Es war ein wesentlicher Vorteil, gerade in den letzten zehn, fünfzehn

Jahren, in denen sich diese Definition etabliert hat, dass zum erstem Mal überhaupt wahrgenommen wurde, wie viele Leute hier arbeiten und was die leisten. Wenn man dies herausstreicht, ist zwar schnell auch die Erwartung des Staates an die NPOs da, noch mehr zu leisten – was der Sektor kann, hat der Staat aber auch vor der Definition schon gewusst. Dass, wenn sich die öffentliche Hand nicht um die Obdachlosen kümmert, es halt eine Wohlfahrtsorganisation macht etc.. Und ich halte dies für sehr ambivalent – wohlfahrtsstaatliche Agenden werden in Selbstausbeutung von engagierten Einzelnen gemacht und der Staat kann sich aus der Verantwortung drücken, weil es ohnehin die NPOs gibt. Auch die Organisationen sind genau in dieser Ambivalenz – Beispiel Flüchtlingsbetreuung: Die Organisationen sagen »Wir können die Leute nicht auf der Straße stehen lassen, aber wenn wir uns darum kümmern, dann stehen morgen noch hundert mehr da«. Der Wohlfahrtsstaat geht da ein bisschen nach dem Motto vor »Was reingeht, das mach ma«. Also, wenn die Flüchtlinge ohnehin untergebracht sind, müssen sich staatliche Stellen nicht kümmern.

Nikolaus Dimmel: Ich denk, dass der Begriff »non-profit« irreführend ist. Eine sozialwirtschaftliche Tätigkeit wirft im Regelfall weit mehr Gewinn ab als der Verkauf einer beliebigen anderen Dienstleistung. Es ist ja längst nicht nur der Wert der Dienstleistung, die erbracht wird, sondern man spart z. B. dem Staat jahrelang Häfn. Oder ich gebe zu bedenken, dass jede Delogierung einer Familie im österreichischen Durchschnitt rund € 30.000 kostet. Das sind die durchschnittlichen Mietrückstände, das ist der Räumungsbefehl des Gerichtes, das ist die Zwischenlagerung des Mobiliars, das ist die Notunterbringung der Familie z. B. in einem Gasthof, in einer betreuten Unterkunft, die Neuanmietung, die Kautions usw.. Eine soziale Dienstleistung produziert also eine Umwegrentabilität, die praktisch weit über jeder anderen durchschnittlichen kommunalen Dienstleistung liegt. Von daher würde ich sagen, reden wir von »social-profit«, das wäre genau das Gegenteil von »non-profit«.

Andreas Riesenfelder: Für uns ist dieser NPO-Ansatz aus gewissen heuristischen Gründen nicht wirklich treffend. Wir kritisieren ihn aus einer Dritt-Sektor-Perspektive – ich will mal sagen – als importiert und als nicht hundertprozentig auf die österreichische Lage zutreffend. Unsere Gründe hierfür sind letztlich zwei Aspekte: Das eine ist die Frage was passiert mit den Gewinnen, und das betrifft vor allem die Situation des Genossenschaftswesens – das zwar einen kleinen Teil des gesamten Sektors ausmacht, aber dennoch – auch historisch betrachtet – ein wichtiger Bereich ist. Da haben wir in unseren Arbeiten beschlossen, dass wir in den Low-profit-Bereich oder More-than-profit Bereich gehen, dass man eben sagt, Gewinne dürfen nicht nur reinvestiert werden, sondern sie dürfen auch in eingeschränkter Weise an die Mitglieder wieder ausgeschüttet werden. Eine zweite Geschichte ist die Abgrenzung zur Öffentlichen Hand. Wir glauben, dass der NPO-Ansatz, so wie er verwendet wurde in den Johns-Hopkins-Projekten, eigentlich die Abgrenzung zur Öffentlichen Hand nicht sehr strikt handhabt. Wir versuchen deutlicher zur Öffentlichen Hand abzugrenzen. Ist der Vorstand besetzt durch VertreterInnen der Öffentlichen Hand, dann ist das eigentlich nicht wirklich Dritter Sektor, es ist eigentlich sehr stark gesteuert vom Public Sector.

Moderation: Wie steht der Dritte Sektor zur Sozialwirtschaft?

Andreas Riesenfelder: Na, ich glaub, prinzipiell besteht schon einmal das

Problem, dass es oft gleichgesetzt wird. Das heißt, wenn wir uns beispielsweise die Ausschreibungen zur EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL anschauen, da ist immer ein Schrägstrich. Ich würde einmal sagen, da gibt's sicherlich auch Gründe, um das Ganze zu vereinfachen und um auch verschiedene Gruppen gleichermaßen anzusprechen. Wir selbst sehen das nicht als genau gleiche Gruppe. Der Dritte Sektor ist um einiges weiter zu sehen. Ich glaub, dass Sozialwirtschaft zwar der besser gebräuchliche Begriff ist, aber eben nur einen Teil des Dritten Sektors beinhaltet. Ich denk bei Sozialwirtschaft sofort an soziale Dienstleistung, und ich kann nicht sehr leicht z.B. auch die kulturellen Angebote oder die selbstorganisierten Vereinsangebote finden.

Nikolaus Dimmel: Ich plädiere auch nicht dafür, den Begriff Dritter Sektor durch Sozialwirtschaft zu ersetzen. Die Sozialwirtschaft ist, wie gesagt wurde, ein Teil des Dritten Sektors, und sie folgt bestimmten Gesetzmäßigkeiten, die wir nicht mit Straßentheatern und irgendwelchen selbstorganisierten Stadtteilgruppen oder Kulturorganisationen unter einen Hut bringen können. Aber es gibt sozusagen einen überwölbenden Begriff – den des Dritten Sektors. Worum es für mich in der Sozialwirtschaft geht, ist, ein Bemächtigungsverhältnis zu definieren und etwa zu sagen: Wir versuchen durch dosierte Hilfestellung, *Empowerment* herzustellen. Das ist eine soziale Dienstleistung. Und ich meine, dass von diesem Ausgangspunkt geschaut werden muss, was sozialwirtschaftliche Organisationen tun. Das heißt, sie legen intern fest, auf der Grundlage von gesetzlichen Bestimmungen, auf der Grundlage von finanziellen Beziehungen zur Öffentlichen Hand, in Form von Subventionen, Einzelleistungsvereinbarungen, Tagsätzen, Generalfinanzierungen etc., wie schaut der/die KlientIn aus, was erbringen wir für sie/ihn. Das ist Sozialwirtschaft im engeren Sinn der sozialen Dienstleistungserbringung, und das ist für mich ganz hart zu machen, da kann ich genau sagen, was sind z.B. spezifische Controlling-Mechanismen oder was sind Kennziffern der sozialen Dienstleistungserbringung. Was ist dem gegenüber eine Kennziffer im Straßentheater? Ich glaub, dass es möglicherweise in Straßentheatern Kennziffern gibt, aber wahrscheinlich andere. Und es ist mit Sicherheit so, dass diese Spezifik der Interaktion, das heißt, die Kooperation, die Koproduktion in einer sozialen Dienstleistung, das entscheidende Moment ist, das die soziale Dienstleistung von den anderen Elementen im Dritten Sektor unterscheidet. Darum glaub ich nicht, dass die Sozialwirtschaft gewissermaßen im Dritten Sektor konturenlos aufgelöst werden kann.

Moderation: Durch die Gleichsetzung von Sozialwirtschaft und sozialer Dienstleistung drängt sich u. a. die Frage auf, ob damit zwangsläufig eine private, gemeinnützige Dienstleistung gemeint ist. Anders formuliert: Wo ist der Unterschied zwischen einer sozialen Dienstleistung, die von einer profitorientierten und einer, die von einer gemeinnützigen, nicht primär profitorientierten Organisation erbracht wird, und lässt sich gegenwärtig ein Trend zu Gunsten ersterer, ein Vermarktlichungstrend, erkennen?

Nikolaus Dimmel: Das macht keinen Unterschied mehr. Das ist ein Problem, das uns z.B. in Deutschland und in Frankreich jetzt entgegentritt, nämlich dass die Öffentliche Hand über das Vergaberecht, über den Ausschreibungszwang hergeht und sagt, »Soziale Dienstleistung, das kann eigentlich jeder erbringen«. Das heißt, auch die Firma X könnte hergehen und sagen, »Wir betreiben Streetwork oder

ein Altenheim«. Und die würden das im Kontext des wirtschaftlichen Konglomerates tun, sind aber weit weg davon zu sagen, dass dies nicht gewinnwirtschaftlich relevant sein darf. Wenn die das günstiger oder professioneller erbringen als ein freier Wohlfahrtsträger, dann kriegt es die Firma X. Das läuft in Österreich genauso mit dem Vergaberecht. Das heißt, die Frage der fehlenden Gewinnorientierung ist meines Erachtens schon jetzt absehbar kein brauchbares Unterscheidungsmerkmal mehr, um Sozialwirtschaft tatsächlich trennscharf einzugrenzen. Ein zweiter Punkt, der noch dazu kommt, ist: Wir haben in diesem Bereich noch immer das Bild von den Graswurzel-Bediensteten, da tauchen immer so WG- oder Kommunen-Bilder auf. Wenn man sich aber anschaut, wie die Organisationen im Jahr 2003 in Deutschland Tarifverträge gekündigt haben, und wie in diesen Sozialwirtschaftsorganisationen vielfältigste Lohn-, Gehalts- und Professionalisierungsabstufungen eingezogen wurden, stellt sich meines Erachtens die Frage: »Müssen wir uns nicht im Bereich der Sozialwirtschaft noch genauer anschauen, welches Bild wir hier vermitteln, sowohl ideologisch als auch betreffend der Professionalität?«. Auch in der Sozialwirtschaft greifen immer mehr atypische Teilzeitverhältnisse, die prekär oder armutsinduzierend sind, Platz. Und das, denk ich, sollten wir auch mit betrachten bei der Frage: »Was ist das, Sozialwirtschaft?«. Wurde seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Professionalisierung vorangetrieben – die Gesetzgeber haben zum Teil in die Materienetze rein geschrieben, dass die Dienstleistung von einschlägig Qualifizierten auszuüben ist – geht man heute unter dem Kostendruck durch die Öffentliche Hand her und schafft praktisch schlecht bezahlte, unqualifizierte Dienstleistungstätigkeiten. Es ist in Österreich beispielsweise diskutiert worden, dass Langzeitarbeitslose umgeschult werden – zwangsweise umgeschult werden – zu PflegehelferInnen. Und grad da, glaub ich, verschiebt sich unsere Vorstellung von dem, was eigentlich in der Sozialwirtschaft erbracht wird.

Andreas Riesenfelder: Ich stimme dem nicht ganz zu. Mein Bild ist: Die Sozialwirtschaft wird kleiner, und nicht sie umfasst auch den Profit-Bereich. Also, ich würde schon dafür plädieren, aus dem Bereich der Sozialwirtschaft die wirklich profit-ähnlichen und profit-orientierten Betriebe rauszunehmen. Das hat für mich da keinen Platz. Ich weiß, in der Sozialwirtschaft hat es natürlich vom Definitorischen eher Platz, aus einer Dritt-Sektor-Perspektive tät ich sagen: Die gehören eindeutig raus, und die sollten nicht zur gleichen Zeit da genannt werden, weil ich glaub, es gibt doch noch Unterschiede hier von den Zielsetzungen, Leitwerten etc., und dies sollte nicht vermischt werden.

Ruth Simsa: Anette Zimmer¹ sagt, es gibt eine Beweislastumkehr in diesem Bereich. Wo man früher argumentieren musste, wenn so eine Leistung im Profit-Bereich erledigt werden sollte, ist jetzt schon fast umgekehrt: dass man fragt, wieso es gerade eine NPO machen soll. Wenn wir als Beispiel Pflegeheime hernehmen – hier gibt es staatliche, private gewinnorientierte und private gemeinnützige. Für mich ist es eine der spannendsten Fragen »Gibt es einen Unterschied nach sektoraler Zugehörigkeit?«. Die MitarbeiterInnen wissen oft gar nicht, ob NPO oder nicht, das ist denen egal. Wenn es einen Unterschied gibt, dann im Ideologischen. Viele MitarbeiterInnen von NPOs würden die Arbeit weitermachen, auch wenn sie schlechter bezahlt würde, weil sie sie wichtig finden. Gleichzeitig kann man in Bezug auf Organisationen, die in unterschiedlichen Sektoren die gleiche Tätigkeit anbieten, unter dem Strich keine eindeutigen Unterschiede in der Qualität feststellen.

Andreas Riesenfelder: Ich glaube, um da einzuhaken, ein Unterschied ist die Frage von Effektivität und Effizienz. Man könnte ganz platt sagen: Dritter Sektor ist dort, wo Effizienz und Effektivität auseinanderdriften dürfen oder können/sollen. Dass die einen es sich partout nicht leisten wollen, problematische Fälle abzuweisen, z. B. die Sozialökonomischen Betriebe sagen, »So, ich nehme wirklich die, die ein Problem haben«. Und wenn nicht, dann machen sie es unter dem Druck der Geldgeber nicht, die sagen, »Ich brauch meine Quoten« oder »Ich verlange Quoten«. Und das ist genau dieser Druck, den wir, glaub ich, auch, nachvollziehen können, dass gesagt wird, »Irgendwann einmal geht's letztlich auch um das ökonomische Überleben des Betriebes«. Und so kennen wir sehr viel Dritt-Sektor-Betriebe, die extrem jonglieren zwischen dem eigenen Ansatz, dem quasi moralischen Ansatz, und dem Druck von Vermittlungsquoten und hier versuchen einen Mittelweg zu finden.

Nikolaus Dimmel: Das läuft in der Debatte ja unter dem Begriff *creaming*: die Guten nehmen und der Rest wird sozusagen sauer. Es ist ein struktureller Zwang, permanent die Problemerklientel auszusortieren. Schlicht deshalb, weil die Soll-Vorgaben mit der Eigenmittelwirtschaft und den Vermittlungskennzahlen zusammenpassen müssen. Wenn man sich die Auslastungsziffern anschaut, die die Länder zugrunde legen, gibt es ja überhaupt keinen Personalspielraum für freie Träger. Das heißt, ich kann mir in einer solchen »Hackn«, wenn ich mein Personal nicht kollektiv in den Burnout jagen will, gar keine schwierige Klientel leisten.

Ruth Simsa: Wenn ich was aussuchen dürfte, bin ich mir nicht sicher, ob ich dann überhaupt als wohlfahrtsstaatliche Instrumente auf die NPOs setzen würde. Ich würde versuchen die Finanzierung stärker zu vermarktlichen, so weit es geht Richtlinien festsetzen, wie es mit Leistungsverträgen schon ein bisschen passiert. Die Richtlinien könnten z. B. auch vorschreiben, auch schwierige Klientel zu nehmen. Es müssen beispielsweise von den zehn Jugendlichen, die betreut werden, drei vermittlungs-erschwerende Kriterien erfüllen. Das ist alles nicht ganz leicht messbar, aber man kann sich schon in diese Richtung bewegen. Ich würde eher in Richtung totale Vermarktlichung tendieren, wo es aus einer staatlichen Perspektive egal sein müsste, ob das eine Non-profit-Organisation oder eine private gewinnorientierte Organisation ist. Aber dann müsste genauer auf die Qualität geschaut werden, trotz aller Schwierigkeit der Kontrolle in dem Bereich und der Evaluation usw.. Es ist ja nicht so, dass NPOs immer die bessere Arbeit leisten oder zu ihren MitarbeiterInnen immer die Besten sind. In manchen Fällen wiederum sind sie deutlich besser und würden sich auf einem klareren Markt daher auch durchsetzen.

Nikolaus Dimmel: Als Nichtökonom sehe ich das vielleicht anders, oder nicht regelkonform. Ich tu mir äußerst schwer, in diesem Bereich vom Markt zu sprechen, überhaupt an den Markt zu denken, weil im Regelfall gibt's einen einzigen Nachfrager – die Öffentliche Hand. Ich würde meinen, die Pfadentscheidung Vermarktlichung kann man dann gehen, wenn es Märkte gibt, die überhaupt empirisch, rechtlich betrachtet funktionieren können – dazu sehe ich ganz wenige Beispiele. Zum Zweiten denk ich, dass aufgrund der KlientInnenkonfiguration Marktbedingungen selten funktionieren werden. Ich denke, dass die Marktkonfiguration eine ist, die sich zwar gut anhört, aber nicht funktioniert. Anders als im Bereich der For-profit-Wirtschaft, wo halt, wenn Leute mit einem Angebot am Markt auftauchen und es nicht gekauft wird, das volkswirtschaftlich verpufft und die MitarbeiterInnen dann beim AMS landen. Aber im Bereich der Sozialwirtschaft, denk ich mir, ist es

Anhang – Definitionen, Merkmale im Überblick

Sozialwirtschaft	Dritter Sektor	NPO Sektor	NGO Non governmental organisations/ Nicht Regierungorganisationen
<p>Sozialwirtschaft ist ein Bereich der Wirtschaft, der sich mit der Produktion und dem Vertrieb von Gütern und Dienstleistungen beschäftigt, die soziale Zwecke verfolgen. Sie ist durch ihre soziale Verantwortung und ihren sozialen Charakter gekennzeichnet. Sozialwirtschaftliche Unternehmen sind in der Regel als gemeinnützige Organisationen oder als soziale Unternehmen strukturiert. Sie verfolgen das Ziel, soziale Probleme zu lösen und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Sozialwirtschaftliche Unternehmen sind in der Regel durch eine soziale Mission und eine soziale Verantwortung gekennzeichnet. Sie sind in der Regel durch eine soziale Mission und eine soziale Verantwortung gekennzeichnet. Sie sind in der Regel durch eine soziale Mission und eine soziale Verantwortung gekennzeichnet.</p>	<p>Im Rahmen der EQUAI-Entwicklungspartnerschaft -Der Dritte Sektor in Wien würden zwingende Merkmale betreffend der Zugehörigkeit einer Organisation zum Dritten Sektor definiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Existenz von bezahlter Arbeit und/oder Freiwilligenarbeit - Nichtstaatlichkeit - Selbstverwaltung - freiwillige Mitgliedschaft - Mindestmaß an formaler Organisation - Unternehmensphilosophie und ökonomischer Ansatz: nicht profitorientiert - schließt eine private Gewinnverwendung aus, erlaubt jedoch eine Ausschüttung an Mitglieder im Sinne einer kollektiven Aneignung in eingeschränkter Weise. 	<p>NPO Sektor</p> <ul style="list-style-type: none"> - nicht profitorientiert - durch das Prinzip der Freiwilligenarbeit gekennzeichnet - durch das Prinzip der Freiwilligenarbeit gekennzeichnet - durch das Prinzip der Freiwilligenarbeit gekennzeichnet 	<p>NGOs sind Zusammenschlüsse von Personen, die sich im öffentlichen Raum, aber ohne staatlichen Auftrag und ohne Anspruch auf unmittelbare Teilhabe an der staatlichen Macht, teils über national-staatliche Grenzen hinweg, für die Belange von bestimmten Personengruppen, Anliegen einsetzen, politische Forderungen formulieren und verfolgen (z. B. AI, EAC, Amnesty International, WWF).</p>